



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission
Berufliche Bildung in der
digitalen Arbeitswelt

**Kommissionsdrucksache
19(28)17**

Herrn Dr. Stefan Kaufmann, MdB
Vorsitzenden
Enquete – Kommission für Berufliche Bildung
in der digitalen Arbeitswelt
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Christian Hirte, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
Beauftragter der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer
Beauftragter der Bundesregierung
für Mittelstand

HAUSANSCHRIFT Schamhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL. +49 (0)3018 615-64 20 od. (0)30 2014-64 20

FAX +49 (0)3018 615-54 49 od. (0)30 2014-54 49

E-MAIL christian.hirte@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 22. November 2018

Sehr geehrter Herr Kaufmann,

vielen Dank für Ihre Einladung zur Anhörungssitzung in der Enquete-Kommission am 26.11.2018. Entsprechend Ihrer Bitte übersende ich Ihnen beigefügt die schriftliche Stellungnahme des BMWi zur Vorbereitung der Kommissionsmitglieder.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Hirte

**Schriftliche Stellungnahme
des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur
Vorbereitung der Kommissionsmitglieder auf die Anhörung der
Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen
Arbeitswelt“ am 26. November 2018**

Einer der Schwerpunkte des Koalitionsvertrags ist, die berufliche Bildung unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in Zeiten des digitalen Wandels zu stärken. Der Koalitionsvertrag enthält dabei ein klares Bekenntnis für die berufliche Bildung und für die Allianz für Aus- und Weiterbildung.

Für das BMWi ist die Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs unserer Wirtschaft ein zentrales Anliegen. Dazu gehört unabdingbar Schaffung und langfristiger Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer/innen. Die duale Berufsausbildung ist hierbei eine tragende Säule.

BMWi ist Verordnungsgeber für 301 der insgesamt 325 Ausbildungsberufe sowie für 102 Meisterprüfungsverordnungen im Handwerk. Laut Koalitionsvertrag sollen die digitalen Kompetenzen in der beruflichen Bildung gestärkt werden. Politisch angestrebt wird auch eine Modernisierung der Ausbildungsordnungen und Berufsbilder in schnelleren Zyklen. Hier setzt die Arbeit des BMWi vordringlich an.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern prüft das BMWi bedarfsgerecht, in welchem Umfang und in welcher Tiefe neue Technologien und Prozesse bindend in die Ausbildungsordnungen aufgenommen werden müssen, damit die Fachkräfte die Erwartungen der Betriebe an ihre Beschäftigten erfüllen. Dabei spielt die Ausrichtung der Ausbildungsinhalte auf die Erfordernisse einer zunehmend digitalen Wirtschaft eine wichtige Rolle, aber - abhängig vom einzelnen Beruf - auch Themen wie

Elektromobilität, Energieeffizienz und alternative Energien, Nachhaltigkeit, Breitbandtechnologien, Medienkompetenz sowie Micro- und Nanotechnologien.

Aktuellste Beispiele für die Berücksichtigung der zunehmenden Digitalisierung in Ausbildungsordnungen sind:

- die Schaffung eines neuen Berufs Kaufmann/Kauffrau im E-Commerce zum 1. August **2018**,
- die stärkere Verankerung der Themen Datenschutz und Datensicherheit in den industriellen Elektro- und Metallberufen zum 1. August **2018** sowie
- eine neue Wahlqualifikationsmöglichkeit zur Digitalisierung für Chemikanten ab 1. August **2018**
- die 2-stufige Modernisierung der vier dualen IT-Berufe. In der ersten Stufe wurden zum 1. August **2018** Änderungen zu den Themen Datenschutz, IT-Sicherheit sowie personale und soziale Kompetenz vorgenommen. In der zweiten, bereits gestarteten Stufe werden die Berufe dann umfassend modernisiert (angesichts der umfangreichen Abstimmungsprozesse — die Bedarfe der Unternehmen sind extrem unterschiedlich — wird mit einem Inkrafttreten erst zum 1. August 2020 gerechnet).

Für das BMWi ist neben dem Erlass der Ausbildungsordnungen auch wesentlich, den gesamten beruflichen Entwicklungsweg zu betrachten. Jeder kann und soll die Möglichkeit haben, einen attraktiven Karriereweg in der Berufsbildung zu finden, der einer akademischen Laufbahn ebenbürtig ist, und der in vielen anderen europäischen Staaten oft nur über eine universitäre Ausbildung erlangt werden kann. Wichtig ist deshalb ein Verständnis dafür, dass gute berufliche Qualifikation nicht ein einmalig erlangter Abschluss, sondern — wie auch die Digitalisierung selbst — ein permanenter Prozess ist.

Unsere Ausbildungsordnungen lassen Spielraum für tätigkeitsrelevante Aufstiegsfortbildung und individuelle Spezialisierung und Weiterbildung. Vor allem die Digitalisierung wird erheblichen Weiterbildungsdruck verursachen.

Aufgabe der Unternehmen ist dabei, den zukünftigen eigenen Bedarf aus der Praxissicht frühzeitig zu erkennen, den Bestand zu analysieren und Weiterbildungsmaßnahmen zu organisieren.

Dem BMWi ist es wichtig, den Druck auf Betriebe und Menschen durch staatliche Vorgaben und strenge Gesetze nicht noch weiter zu erhöhen und zu vergrößern.

Die Zuständigkeit des BMWi im Bereich der betrieblichen Weiterbildung umfasst dabei zuvorderst die ordnungspolitische Arbeit, z.B. den Erlass der Meisterprüfungsverordnungen im Handwerk, sowie die finanzielle Förderung überbetrieblicher Berufsbildungseinrichtungen (ÜBS) im Bereich der Fort- und Weiterbildung und die Förderung von Beratung und Information der Klein und Mittelständischen Betriebe (KMU) im Handwerk zu betriebswirtschaftlichen und technischen Fragen, auch im Bereich der Digitalisierung.

Weitere Einzelmaßnahmen des BMWi sind:

- Förderung des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung [KOFA],
- Modellhafte Basisqualifizierung „Digitalisierung“ durch das vom BMWi geförderte RKW-Kompetenzzentrum,
- Pilotprojekt Digiscouts, ebenfalls durch das RKW-Kompetenzzentrum,
- Kostenlose Ausstattung von (Pilot-)Schulen mit dem Mini-Computer Calliope,
- Prüfung der weiteren BMWi-Förderung des DsiN (Deutschland sicher im Netz e.V.)-Projekts „IT-Sicherheit im Ausbildungsbetrieb: Berufsschüler als Multiplikatoren — bundesweit (ITSAB)“ [die aktuelle Förderung läuft im November 2018 aus].

Die federführend vom BMWi betreute Allianz für Aus- und Weiterbildung, die als zentrale politische Plattform die Attraktivität, Qualität und Leistungsfähigkeit der dualen Ausbildung stärken will, kann dabei genauso wie die Nationale Weiterbildungsstrategie und der Berufsbildungspakt zur Fachkräftesicherung für den Wirtschaftsstandort DEU beitragen.